

Beschluss der LDK am 13. Nov. 2004 in

Altersgerecht und jugendgemäß - Der demographische Wandel erfordert eine andere Politik

Die Debatte über die demographische Entwicklung ist zur Zeit eher von Schreckensvisionen als von rationalen Überlegungen und Strategien zur Ausrichtung der Politik auf die neuen Erfordernisse bestimmt.

Obwohl die Bevölkerungsprognosen, die Veränderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung und die Ergebnisse der Analysen über die Binnenwanderung und Migration seit Jahren bekannt sind, hat die niedersächsische Landesregierung bislang nicht die Herausforderung angenommen, ihre Politik an den sich verändernden Rahmenbedingungen auszurichten.

Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen hingegen antworten auf die düsteren Szenarien von einer „vergreisenden Gesellschaft“ und auf das visionäre Vakuum der Landesregierung mit einem optimistischen Entwurf für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens aller Generationen im Jahr 2020 und den Weg dorthin.

Wir verstehen den demographischen Wandel als Aufgabe, heute schon Grundlagen für die Politik von morgen besonders unter Gender-Aspekten zu schaffen und sehen in der prognostizierten Entwicklung eine Chance für einen umfassenden Innovationsschub in Staat und Gesellschaft.

Im Jahr 2020

- wird Mick Jagger 77 Jahre alt sein und immer noch seine – wenn auch mittlerweile - künstlichen Hüften auf der Bühne schwenken und zum Klang der dreckigen Rolling Stones-Gitarren „Let’s spend the night together“ stöhnen
- wird Christian Wulff 61 Jahre alt sein und daheim in Osnabrück seine Memoiren streng nach den Regeln der alten Rechtschreibung zu Papier bringen und immer noch heimlich darauf hoffen, dass er der nächste Kanzlerkandidat der CDU/CSU wird
- wird die Grüne Partei ihren 41. Geburtstag feiern und immer noch dafür sorgen, dass es in der niedersächsischen Politik neue Impulse gibt.

Im Jahr 2020

- wird das Land Niedersachsen mehr als 70 Jahre alt sein und den Höchststand seiner Bevölkerungszahl bereits überschritten haben. Auch Zuwanderung und steigende Lebenserwartung können von da an die seit Jahrzehnten zu geringe Geburtenrate nicht mehr ausgleichen.
- wird der Anteil der über 60-Jährigen um gut 15 % gestiegen sein, während der Anteil von jungen Menschen (unter 18 Jahren) um 15 % gesunken ist,
- wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Verlauf der nächsten Generation von jetzt 41 Jahren auf mehr als 51 Jahre steigen,
- wird der Anteil der über 50-Jährigen an den Erwerbspersonen von heute 22 % auf 36 % steigen und der Anteil der Menschen im Rentenalter sich um 28 % erhöhen,
- werden sich die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den schon jetzt schrumpfenden und überalterten Regionen und den noch weiter anwachsenden Regionen verstärken.

Die statistischen Erhebungen, die in der Tendenz die gleiche Entwicklung in Deutschland wie in weiten Teilen Westeuropas beschreiben, sagen aus: unsere Gesellschaft schrumpft und überaltert gleichzeitig.

Daraus leiten sich Anforderungen für einen kulturellen (Werte-)Wandel in Bezug auf die Einstellung zum Alter, zu den veränderten Bedürfnissen älterer Menschen und für das Miteinander der Generationen ab.

Der demographische Wandel wird sich massiv auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens auswirken:

- Die Arbeitswelt muss an eine ältere Belegschaft angepasst werden.
- Die tatsächliche Lebensarbeitszeit muss verlängert werden
- Der Anteil der Frauen an der Erwerbsbeteiligung muss erhöht werden.
- Niedersachsen muss kinder- und familienfreundlicher werden.
- Das Bildungssystem muss reformiert werden.
- Die gesundheitliche Vorsorge und Versorgung muss stärker auf die besonderen Probleme und Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden müssen.
- Die infrastrukturellen Angebote in der Bildung, Kultur und Freizeit, im Verkehr, in der Ver- und Entsorgung in Bezug auf den täglichen Lebensbedarf müssen neu ausgerichtet werden.
- Das Angebot an Wohnraum muss qualitativ dem neuen Altersdurchschnitt angepasst werden
- Die Bürgergesellschaft unter Einbeziehung der „jungen Alten“ muss gestärkt werden.
- Die kommunalen Ebenen sollen größere Verantwortung übernehmen. Die Bildung regionaler Gebietskörperschaften muss gefördert werden.
- Die Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer muss intensiviert werden und langfristig streben wir eine Fusion der norddeutschen Länder an.
- Sowohl der Binnenwanderung als auch der Migration aus anderen Staaten muss eine neue Bedeutung zukommen.

ANDERS lernen und ausbilden für das Jahr 2020

Die allgemeine Entwicklung zur Wissensgesellschaft und der demographische Wandel stellen neue Anforderungen an die Ausgestaltung des Bildungs- und Ausbildungsangebotes in Niedersachsen.

Alle Leistungen in Wirtschaft und Gesellschaft werden – bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen – künftig von weniger und älteren Menschen erbracht werden. Wenn der Lebensstandard erhalten bleiben soll, muss also die Arbeitsproduktivität weiter steigen. Die entscheidende

Voraussetzung dafür wiederum ist die Steigerung des allgemeinen Bildungsniveaus. Eine durchgängige Höherqualifizierung der Menschen im Land ist erforderlich.

Für alle Lebensabschnitte vom Kindergarten über die Schule, die Berufsausbildung, das Studium und das Erwerbslebens bedarf es verstärkter Anstrengungen zur Höherqualifizierung.

Dies wird nicht gelingen, ohne die Bildungsausgaben deutlich zu erhöhen.

Dazu könnte z.B. die Abschaffung der Eigenheimzulage einen erheblichen Beitrag leisten. Angesichts des vorhergesagten Schrumpfungsprozesses bei den Bevölkerungszahlen, der auch einen Rückgang des Wohnungsbedarfs nach sich ziehen wird, ist die Eigenheimzulage ein kontraproduktives Instrument. Sie fördert den Flächenverbrauch und die Zersiedlung und führt angesichts des demographischen Wandels zu massiven privaten und öffentlichen Fehlinvestitionen.

Der Widerstand der Landesregierung gegen die Aufhebung dieser Subvention zeigt deutlich, dass CDU und FDP die Herausforderungen des demographischen Wandels überhaupt noch nicht verstanden haben.

Zukunftsfähig wird Niedersachsen nur durch Investitionen in Köpfe und nicht in Beton.

Frühkindliche Erziehung

Die herausragende Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist in Niedersachsen lange unterschätzt worden. Aber gerade bei den Jüngsten ist die Neugier und Lernfreude der Kinder am größten; in dieser Phase werden die wichtigsten psychischen und physischen Grundlagen für die spätere Entwicklung gelegt.

- Wir wollen die vorschulische Förderung als erste Säule des Bildungssystems stärken. Dazu gehört auch, dass der Arbeitsauftrag der Kindertagesstätten erweitert wird. Kitas sollen zu Kompetenzzentren in Bildungs- und Erziehungsfragen werden, die den Eltern Information, Beratung und praktische Hilfe anbieten.
- Wir wollen, dass das letzte Kita-Jahr als Bildungsjahr gestaltet wird, in dem die sprachlichen, motorischen und sozialen Fähigkeiten der Kinder in Vorbereitung auf den Schulanfang gefördert werden.
- Wie wollen Bachelor-Studiengänge mit Qualifizierungsmöglichkeiten für ErzieherInnen einrichten.

Schule

Weil wir alle Talente brauchen, darf kein Kind verloren gehen. Die Ergebnisse der Pisa-Studie sind für das niedersächsische Bildungswesen, so wie für ganz Deutschland, erschreckend. Der Anteil der Jugendlichen, die nur unzureichende Kompetenzen erlangen, ist mit 27% in unserem Bundesland besonders hoch.

Die Ergebnisse internationaler Studien haben gezeigt, dass erfolgreiche Länder eine lange gemeinsame Schulzeit mit individueller Förderung von Kindern und Jugendlichen verbinden, um den vielfältigen Begabungen gerecht zu werden und die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen zu entwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen wollen dies auch für die Schulen in Niedersachsen erreichen. Gerade angesichts der Rückkehr der CDU/FDP-Landesregierung zur Schulstruktur des vergangenen Jahrhunderts ist es um so notwendiger, zukunftsorientierte schulpolitische Alternativen zu entwickeln:

- Wir wollen eine neue Lernkultur in unseren Schulen, die junge Menschen fit macht für lebenslanges Lernen
- Wir wollen die schrittweise Einführung einer neunjährigen Ganztagschule für alle, die die Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt
- Wir wollen, dass niemand die Schule ohne Abschluss bzw. ohne qualifizierte Anschlussmöglichkeiten verlässt.
- Wir wollen, dass mindestens 50% der SchulabgängerInnen jedes Jahrganges die Zugangsberechtigung zum Studium erreichen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass als erster Schritt der Anteil der Ganztagschulen noch in dieser Legislaturperiode verdoppelt wird. Damit sollen Bildungsdefizite abgebaut und die Koppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg durchbrochen werden.
- Wir wollen die LehrerInnenausbildung reformieren. Die Ausbildung darf sich nicht mehr an den heutigen Schulstrukturen orientieren. Der Beamtenstatus gehört abgeschafft.

Hochschule

In Niedersachsen gibt es ein Netz von leistungsfähigen Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Durch die sich ständig verschärfenden Einsparmaßnahmen der Landesregierung wird diese Basis unterhöhlt. Denn seit Jahren stehen den wachsenden Studierendenzahlen sinkende finanzielle Mittel gegenüber. Dies verstärkt die Krise in der Lehre und führt zu hohen Abbrecherquoten und langen Studienzeiten.

- Wir wollen die Quote der HochschulabsolventInnen von gegenwärtig 20% auf mindestens 40% eines Altersjahrganges anheben, um den steigenden Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft und den Ersatzbedarf an AkademikerInnen in 20 Jahren zu decken.
- Wir wollen die Abbrecherquote an den Hochschulen mindestens halbieren.
- Wir wollen den Anteil der Frauen in naturwissenschaftlichen – und technischen Berufen und den der Männer in den pädagogischen Berufen deutlich erhöhen.
- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen intensivieren, mit dem Ziel, die Absolventen an Niedersachsen zu binden.

Berufliche Bildung

In der beruflichen Bildung muss der breiten Grundausbildung wieder eine stärkere Bedeutung eingeräumt werden. Angesichts des technologischen Fortschritts und der Internationalisierung könnten sich sonst Berufe, deren Ausbildungsplan zu eng definiert ist, zu Qualifizierungsfallen entwickeln.

- Wir wollen die Zahl der Menschen ohne Berufsausbildung deutlich reduzieren.
- Wir wollen die Ausbildungsvorbereitung und die Berufsausbildung besser verzahnen, die berufliche Aus- und Weiterbildung systematisch aufeinander beziehen und umfassende Übergangsmöglichkeiten von der Berufsausbildung und der Weiterbildung in die akademische Bildung schaffen.
- Wir wollen die Öffnung der Hochschulen für die AbsolventInnen des dualen Systems verbessern.

Lebenslanges Lernen

Das bestehende Bildungssystem, das sich auf die ersten 30 Lebensjahre konzentriert, wird für die neuen Anforderungen immer unzulänglicher. Notwendig ist eine Umstellung auf eine verkürzte Basisausbildung und daran anschließende regelmäßige Bildungseinheiten bis ins hohe Alter. Dies schließt auch arbeitsmarktorientierte, politische und kulturelle Bildung ein.

- Wir wollen eine Lernlandschaft schaffen, in der lebenslanges Lernen besser als heute möglich ist.
- Wir wollen Abschlüsse und Qualifikationen besser als heute miteinander verzahnen.
- Wir wollen Betriebe unterstützen, die ihren Beschäftigten die Möglichkeit bieten, zeitlich befristet aus dem Beschäftigungsverhältnis auszusteigen, um sich weiter- und umzuqualifizieren.
- Wir wollen uns für die Schaffung von Bildungskonten nach schwedischem Vorbild einsetzen, auf die Überstunden der Beschäftigten aber auch Beiträge von Unternehmen eingezahlt werden.
- Wir wollen in den Regionen durch verbindliche Bildungspartnerschaften ein regionales Qualifizierungsnetzwerk für alle Generationen schaffen

ANDERS die Arbeitswelt gestalten für das Jahr 2020

Der mittelfristige Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter führt voraussichtlich zu quantitativen Engpässen beim Arbeitskräfteangebot.

Auch bei qualitativen Aspekten der zukünftigen Nachfrage nach Arbeitskräften werden sich Veränderungen ergeben. So wird angesichts der rasanten wissenschaftlichen-technischen Entwicklung für die kommenden zwei Jahrzehnte eine weitere Verschiebung der Anforderungsprofile der Beschäftigten zugunsten hochqualifizierter Arbeitskräfte und zulasten der Geringqualifizierten erwartet.

Das tatsächliche Arbeitskräfteangebot ist entscheidend vom Erwerbs- und Ausbildungsverhalten der Bevölkerung abhängig, das sich allerdings durch politische Rahmensetzungen beeinflussen lässt.

Der weiteren Zunahme des Fachkräftemangels muss durch eine bessere Ausschöpfung des Potenzials der Erwerbspersonen entgegengewirkt werden. Dazu müssen zuallererst mehr junge Menschen eine Ausbildung und Beschäftigung erhalten.

Zugleich muss aber die jugendzentrierte Personalpolitik und die Praxis der Frühverrentung der Unternehmen und der Verwaltungen beendet werden. Denn auch die Ausweitung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit ist eine Möglichkeit, um das Erwerbspotenzial besser zu nutzen. Obwohl die Bevölkerung seit Jahren altert, werden die Belegschaften paradoxerweise immer jünger. Der Anteil der Betriebe, die Arbeitskräfte im Alter von 50 und mehr beschäftigen, liegt in Niedersachsen nur noch bei ca. 60%.

Vor dem Hintergrund des geringer werdenden Arbeitskräfteangebots und des drohenden Fachkräftemangels gewinnen die Zuwanderung von qualifizierten Personen nach Niedersachsen und deren Integration an Bedeutung. Für ein zukunftsfähiges Integrationskonzept sind über den Spracherwerb hinaus die Prinzipien der gesellschaftlichen Teilhabe, der Chancengleichheit und der Rechtsgleichheit umzusetzen. Wir brauchen Integrationshilfen, die die Vermittlung relevanten Wissens über die Gesellschaft, Bildung und Arbeit übernehmen. Mit der Ausbildung zu Integrationslotsen soll versucht werden, vorhandene Kompetenzen und Fähigkeiten von bereits länger hier lebenden MigrantInnen zu nutzen. Niedersachsen sollte sich öffnen und sich zum

Einwanderungsland erklären.

Der wichtigste Ansatz zur Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials ist die Beschäftigung von mehr Frauen in Wirtschaft und Verwaltung. Dafür bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt auch die Integration geringqualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt.

- Wir wollen die Erwerbsbeteiligung junger Menschen durch eine Verkürzung von Schul- und vor allem Studienzeiten erhöhen. Dazu müssen die Möglichkeiten zur Studienfinanzierung verbessert und die Studiengänge so organisiert werden, dass Studierende in der Lage sind, die Regelstudienzeiten einzuhalten.
- Wir wollen den Anteil der über 50-Jährigen in Arbeit und Beruf erhöhen. Dazu müssen als erste Schritte die Praxis der Frühverrentung beendet und altersgerechte Arbeitszeitmodelle eingeführt werden.
- Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen. Dafür müssen die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut, die Arbeitszeit flexibler gestaltet und die gleichwertige Bezahlung für Frauen durchgesetzt werden.
- Wir wollen die Zuwanderungsmöglichkeiten sowohl aus anderen Bundesländern als auch aus dem Ausland fördern und die Integration verbessern. Dafür ist ein landespolitisches Konzept erforderlich, dass z.B. den Spracherwerb und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen integrationsfreundlich regelt. Die interkulturelle Kompetenz muss zu einer Schlüsselqualifikation werden.
- Wir wollen die Integration von Erwerbslosen und Geringqualifizierten verbessern.

ANDERS das Gemeinwesen organisieren für Jahr 2020

Die demographische Entwicklung wird sich gravierend auf die Nachfrage nach kommunalen Dienstleistungen und die Auslastung von Infrastruktureinrichtungen auswirken. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung. Etwa die Hälfte der niedersächsischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, in dem ab ca. 2010 – mit wenigen Ausnahmen – die Einwohnerzahlen abnehmen werden. Die betroffenen Kommunen müssen sich auf die veränderte Situation einstellen. Eine notwendige Reaktion ist die Entwicklung neuer Formen der Leistungserbringung, die auf verstärkte Kooperation der Gebietskörperschaften untereinander und die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Anbieter gründet. Dabei sind auch die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen.

Um die soziale Infrastruktur aufrecht erhalten zu können, müssen Einrichtungen und Dienstleistungen vorrangig an sogenannten „Zentralen Orten“ gebündelt werden, in denen über die Versorgung der eigenen Bevölkerung hinaus Dienstleistungen und Güter für die Region angeboten werden.

Die Struktur der niedersächsischen Kommunallandschaft mit ihren starken Unterschieden in den Größen der Landkreise und kreisfreien Städte ist nicht zukunftsfähig. Wir müssen in Niedersachsen die Bildung von regionalen Gebietskörperschaften fördern und den kommunalen Ebenen größere Verantwortung übertragen, damit die regionalen Potenziale besser entwickelt werden können.

Die Zusammenlegung von Behörden und die länderübergreifende Zusammenarbeit muss intensiviert werden. Längerfristig muss es zu einer Fusion der norddeutschen Bundesländer kommen.

- Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit fördern und der Bildung von Regionen neue Impulse geben. Dazu können auch die Zusammenschlüsse von Landkreisen und Gemeinden sowie die Umbildung von Samtgemeinden zu Einheitsgemeinden gehören.

- Wir wollen die „Zentralen Orte“ als übergemeindliche Versorgungszentren stärken, um so die Infrastruktur effektiver zu gestalten und die Kosten zu senken.

Verkehr

Auch wenn die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Verkehrsentwicklung nur schwer zu prognostizieren sind, so gehen Experten doch davon aus, dass für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) insbesondere in Gebieten mit starker Abwanderung mit deutlichen Nachfragerückgängen zu rechnen ist. Die zunehmende Konzentration von Versorgungsstrukturen auf die „Zentralen Orte“ führt zu einer Ausdünnung des ÖPNV in ländlichen Regionen. Dadurch verliert er an Attraktivität, was wiederum die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr erhöhen wird.

Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, sollte der Linienverkehr mit flexiblen und nachfrageorientierten Angeboten wie dem Anrufbussystem mit variabler Streckenführung ergänzt werden. Weil aber auch in den Ballungsräumen mit rückläufigen Fahrgastzahlen gerechnet werden muss, sollten die knapper werdenden Finanzmittel dort vorwiegend in die Erhaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Bei der Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen muss die ÖPNV-gerechte Verkehrsanbindung berücksichtigt werden. Im Zuge der demographischen Entwicklung werden verstärkt ältere Menschen den ÖPNV nutzen. Deshalb muss eine altersgerechte Ausgestaltung, wie der barrierefreie Zugang zu Bus und Bahn, schneller umgesetzt werden.

- Wir wollen die knapper werdenden Finanzmittel vorwiegend für die Bestandspflege der Verkehrsinfrastruktur verwenden und das Angebot von Bus und Bahn ausbauen.
- Wir wollen eine ÖPNV-gerechte Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen.
- Wir wollen flexible und nachfrageorientierte öffentliche Verkehrsangebote in der Fläche.

Wohnen

Die Bau- und Wohnungswirtschaft wird sich zukünftig auf die veränderten Wohnungswünsche und Marktbedingungen einstellen müssen. Die Beschäftigungsfelder werden sich in vielen Orten vom Neubau von Büros und Wohnungen auf die Bestandserhaltung und den Rückbau verlagern. Neue Märkte und damit Arbeitsplätze, gerade auch im mittelständischen Ausbau- und Dienstleistungsgewerbe, können insbesondere durch Angebote im Bereich der altersgerechten Wohnraumausstattung sowie im Bereich der wohnbegleitenden Serviceleistungen erschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine neubauorientierte Wohnungsbauförderung wie die Eigenheimzulage keine zielführende Strategie.

- Wir wollen die Vergabe von Fördermitteln für Wohnungsbauinvestitionen durch das Land in Zukunft an kommunal zu erstellende Wohnraumversorgungskonzepte zur Bestandspflege knüpfen.
- Wir wollen die Bewahrung und Umnutzung von vorhandenem Wohnraum, insbesondere den altengerechten Umbau und die Berücksichtigung neuer Wohnformen in den Mittelpunkt stellen.
- Wir wollen durch u.a. integrierte Konzepte wie z.B. das der „sozialen Stadt“, durch Kooperationsverträge mit der Wohnungswirtschaft und durch die örtlichen Wohnungsunternehmen der Bildung von Armutsvierteln in den Städten begegnen und die Wohnungsversorgung sozial Benachteiligter sichern.

- Wir wollen, dass Programme wie „Stadtumbau West“ und Initiativen zur Förderung der Baukultur landespolitisch umgesetzt werden für eine qualitative und nachhaltige Stadtentwicklung.
- Wir wollen der ungewollten weiteren Zersiedelung auch durch eine Veränderung in der Systematik der Grundsteuererhebung begegnen.

Gesundheit

Mit dem demographischen Wandel verändern sich die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen. Einerseits steht der Gesundheitsbereich unter Effizienzdruck und vor Wirtschaftlichkeitsproblemen insbesondere bei der Versorgung in der Fläche. Andererseits lässt die steigende Zahl älterer Menschen die Nachfrage nach medizinischen Leistungen anwachsen, denn mit dem Alter nehmen Häufigkeit und Dauer der Erkrankungen zu.

Wenn weiterhin eine ortsnahe Versorgung insbesondere im ländlichen Raum sichergestellt werden soll, dann müssen die Krankenhäuser zu modernen integrierten Dienstleistungssystemen umgebaut werden. Insgesamt ist eine Anpassung der Versorgungseinrichtungen an die dann durchschnittlich ältere Bevölkerung notwendig. Das erfordert die Entwicklung von neuen geriatrischen Versorgungskonzepten, die Förderung der Ausbildung zu Pflegeberufen und vor allem die Erhöhung des Stellenwertes der gesundheitlichen Prävention.

- Wir wollen dafür sorgen, dass präventiven Maßnahmen in der gesundheitlichen Versorgung höchste Priorität eingeräumt wird. Prävention verbessert die Lebensqualität der Betroffenen. Außerdem ist das Kosten-Nutzenverhältnis von Investitionen in Prävention besonders vorteilhaft.
- Wir wollen die integrierten Versorgungssysteme fördern und damit die medizinisch unsinnige und teure Trennung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung aufheben.
- Wir wollen die Einrichtung von ärztlichen Gesundheitszentren unterstützen.
- Wir setzen uns für geriatrische Versorgungskonzepte ein, die die stationäre Versorgung mit angeschlossener tagesklinischer Behandlung und ergänzenden Maßnahmen im hausärztlichen Bereich verbinden.
- Wir wollen die Aus- und Weiterbildung in den Pflegeberufen fördern.
- Wir wollen die interkulturelle Kompetenz im Gesundheitsbereich und in der Altenpflege fördern.

Bürgergesellschaft stärken

Immer mehr Menschen werden immer älter. Zum ersten mal in der Geschichte wird das Alter zu einem Massenphänomen. Allein schon von seiner zeitlichen Ausdehnung – mit rund einem Drittel der gesamten Lebenserwartung – wird das Alter eine eigenständige Phase im Leben der Menschen. Dramatisch verändert sich aber nicht nur der Umfang, sondern auch die Qualität des Alters. Noch nie haben so viele Menschen über so viele Ressourcen verfügt wie gegenwärtig. Das gilt nicht nur in materieller Hinsicht, das gilt auch für Ressourcen wie Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenzen. Trotz dieser reichen Potenziale kann das Alter aber auch zu einer Phase der sozialen Ausgrenzung werden. Denn das biologische und das soziale Alter klaffen immer weiter auseinander. Während das biologische Altern bei immer mehr Menschen immer später einsetzt, beginnt bei vielen Menschen der Prozess des sozialen Alterns immer früher, und zwar in dem Sinn, dass sie das Gefühl haben, nicht mehr gebraucht zu werden. Es fehlt an gesellschaftlich vermittelten und anerkannten Aufgaben.

Die „neuen Alten“ sind Pioniere. Sie erproben und entwickeln neue Muster der Lebensgestaltung und –bewältigung. Dafür brauchen sie Raum und Entfaltungsmöglichkeiten, jedoch nicht im Sinne einer Ausweitung der traditionellen, vormundschaftlichen Betreuungskultur.

- Wir wollen zum Beispiel mit Hilfe von Freiwilligenagenturen jedem Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich für andere und für die Gesellschaft zu engagieren.
- Wir wollen die bestehenden Jugendfreiwilligendienste ausbauen und neue Modelle von Freiwilligendiensten für alle Altersgruppen einführen.
- Wir wollen die Altenhilfe und die Altenpolitik, die sich als eine Politik für alte Menschen versteht, durch einen Generationen übergreifenden Ansatz ersetzen.
Jede Form von Altersdiskriminierung, ob im Erwerbsleben, bei Versicherungen, Kreditgeschäften oder in anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen ist rechtlich auszuschließen.